

Rede Bundespräsident a.D. Christian Wulff

Club Allemand International de Monaco

17. März 2017

A.

Meine Frau und ich sind sehr gerne zu Ihnen gekommen. Das hat mit dem von uns hoch geschätzten Fürstenpaar Monacos zu tun, mit dem herausragenden Vertrauensverhältnis von Monaco und Deutschland (ob innerhalb der Vereinten Nationen oder dem IOC) und es hat mit vielen von Ihnen zu tun. Sie sind wichtige Multiplikatoren. Aber selbst bei Ihnen spürt man Verunsicherung. Mancher fühlt sich gefordert, mancher überfordert von all den Nachrichten, die uns heute erreichen.

Fürstentum Monaco

Wir wissen nicht, wie das Paradies aussieht, aber ich stelle es mir so etwa wie Monaco vor, wo 143 Nationalitäten friedlich und fleißig zusammenleben. Ich habe Monaco immer als kooperationsbereit, offen für Argumente und verlässlich erlebt – und dies in allen internationalen Organisationen. Ich freue mich, morgen Prinz Albert wiederzusehen und ihm dafür abermals Dank sagen zu können. Prinz Albert engagiert sich weltweit anerkannt und vorbildlich für wichtige Anliegen von Umwelt bis Jugend. Ein solches vorbildliches internationales Auftreten ist bedauerlicherweise seltener geworden!

Stimmungswandel

1989/90 sangen die Scorpions aus meiner Heimat vom „Wind of Change“, der durch Europa ging: Mauern wurden eingerissen und verkrustete Systeme zerfielen! Und heute müssen wir uns fragen, ob es 2016/2017 wieder einen „Wind of Change“ gibt, der unsere Gesellschaften in Richtung Egoismus, Nationalismus, Populismus, Protektionismus, Autokratie, Angst, Hass und Misstrauen trägt. Werden die letzten 27 Jahre im Rückblick später vorerst die glücklichsten und friedlichsten Jahre Europas gewesen sein?

Weltweit wird immer klarer:

Es gibt keine Garantie, dass unsere Gesellschaften liberal bleiben, dass Minderheiten geachtet bleiben, dass die Demokratie breiten Rückhalt findet. Stattdessen erleben wir immer häufiger Hohn und Spott über „das System“, „die da oben“ und die angebliche Zeitverschwendung in der Demokratie.

Die Freiheit, die wir kennen und schätzen gelernt haben, scheint in Gefahr! In der Türkei werden Kritiker mundtot gemacht. Russland stellt Grenzen infrage. Selbst um ermordete Regimekritiker darf in Moskau nicht öffentlich getrauert werden. Der US-Präsident stellt das Pariser Klimaschutzabkommen, das Anti-Atom-Iran-Abkommen, die EU und das Völkerrecht infrage.

Angesichts der Missachtung von Pressefreiheit, von Minderheitenrechten, angesichts der Geringschätzung von Gewaltenteilung und des Giftes notorischer Beleidigungen: Was muss noch passieren, damit wir aufwachen?

„Wenn das Parlament die Todesstrafe beschließt, werde ich sie in Kraft setzen. Ich verstehe die Demokratie als Entscheid der Mehrheit.“ So jüngst der türkische Präsident Erdogan. Nach unserem Verständnis des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates ist Demokratie viel mehr als das:

Sie umfasst die Wahrung der Menschenwürde, Pluralität, Minderheiten- und Oppositionsrechte, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Presse! Alles das ist nicht mehr selbstverständlich, denn: Erdogan ist kein Einzelfall und unser Modell, „der Westen“, ist folglich unter Druck wie nie.

Ich komme gerade zurück von einer Reise aus dem Nahen und Mittleren Osten, Saudi-Arabien und dem Iran. Dort heißt es häufig: „Wir wollen uns modernisieren, wir verändern uns, wir wollen lernen. Aber ist denn Europa, ist der Westen, ist die Demokratie, ist Amerika wirklich noch das Referenzmodell? Sind Le Pen, Wilders, Trump Personal- oder Systemfragen? Daran können wir sehen: An Strahlkraft hat die liberale Demokratie auf jeden Fall schon eingebüßt.

Wie wertvoll und gleichzeitig wenig selbstverständlich das alles ist, zeigt ein kurzer Blick zurück:

Betrachten wir einmal nur die letzten 100 Jahre im Zeitraffer von zehn Jahren mit Stichworten:

1917: Soeben war die grausamste und verlustreichste Schlacht von Verdun im Ersten Weltkrieg mit sinnlosem Massensterben zu Ende gegangen;

1927 begann das Scheitern des ersten bis dahin gelungenen deutschen Demokratieversuchs, der Weimarer Republik. Der Schwarze Freitag stand bevor und die Machtergreifung Adolf Hitlers kündigte sich an;

1937 stand Deutschland, nationalsozialistisch gleichgeschaltet, am Vorabend der Reichspogromnacht und des Zweiten Weltkrieges sowie der Shoah mit dem Zivilisationsbruch ohne Gleichen;

1947 war Deutschland befreit, aber zerstört und weitgehend traumatisiert;

1957/1967/1977/1987 waren unser Vaterland und Europa geteilt durch den Eisernen Vorhang.

Und erst seit 27 Jahren haben wir Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die Einheit Deutschlands und Europas.

Dies ist ein Wimpernschlag in unserer so konfliktreichen europäischen Geschichte. Wir sollten uns dessen immer bewusst sein – und vielleicht wird das im Blick von außen noch deutlicher: Kurz vor seinem Tod im vergangenen Jahr hat der frühere israelische Staatspräsident Shimon Peres im kleinen Kreis gesagt: „Ihr Europäer müsst Euch stets Eurer heutigen begnadeten Situation bewusst sein. Ihr habt Eure Einkommen seit Bestehen der Europäischen Union verfünzigfacht, Ihr habt Euer Lebensalter im Durchschnitt um 20 Jahre verlängert, Ihr habt Frieden und einen

Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie gefunden, um den Euch die Welt beneidet.“

Ursachenforschung

Die Diagnose, dass die liberale Demokratie an Strahlkraft verloren habe, fällt ja zumindest in Deutschland in eine Zeit, in der es uns wirtschaftlich so gut geht wie selten zuvor – wie passt das zusammen: wachsender Erfolg und abnehmende Strahlkraft? Wir müssen den Entwicklungen der letzten Jahre tiefschürfend auf den Grund gehen.

Ich sehe dafür vor allem drei Ursachen:

- Terror
- Globalisierung und
- Digitalisierung.

1. Ursache: Weltweiter Terror

Unser Land und seine Bewohner sind von außen bedroht. Ich erinnere nur an die schrecklichen Attentate von Ottawa bis Sidney, vor allem die nachwirkenden Attentate von Nizza, Paris und Berlin. Terrorgruppen verbreiten Angst und Schrecken in dieser Welt.

Von den schrecklichen Bildern brutal hingerichteter friedfertiger Menschen, gedemütigter Geiseln in Todesangst, flüchtender Familien mit kleinen Kindern dürfen wir uns aber weder abstumpfen, noch zu falschen Schlussfolgerungen verleiten lassen. Dann wäre unser Land nämlich auch von innen bedroht. Der IS möchte mit seinem Terror einen Generalverdacht gegen alle Muslime erzeugen, unsere Gesellschaften, unsere Zivilisation spalten und daraus Wasser auf seine Mühlen leiten. Wir sollen Maß und Mitte verlieren, das ist im Kern die Strategie der Terroristen.

Yuval Noah Harari, Historiker und Autor von „Eine kurze Geschichte der Menschheit“, fragt in seinem neuen Buch „Homo Deus“: Wie schaffen es die Terroristen nur, die Schlagzeilen zu beherrschen und die politische Situation überall auf der Welt zu verändern? Die Antwort: Indem sie ihre Gegner zu einer Überreaktion provozieren! Harari erklärt das mit einem Bild: Terroristen seien eigentlich machtlos wie eine Fliege, die einen Porzellanladen zu zerschlagen versuche. Die Fliege sei so schwach, dass sie noch nicht einmal eine Teetasse ins Wanken bringen könne. Also suche sie sich einen Stier, setze sich in dessen Ohr und beginne zu summen. Der Stier gerate in Panik, werde wütend und verwüste den Porzellanladen. Genau das sei im letzten Jahrzehnt im Nahen Osten passiert – und genau davor müssen wir uns auch in unseren Gesellschaften in Acht nehmen.

Fürchten müssen wir demnach in erster Linie unsere Furcht. Das ist nicht leicht, denn in der Tat schaukeln sich die Extremisten gegenseitig hoch. In Europa haben wir hunderte Tode durch Islamisten zu beklagen. Hinzu kommen auch immer mehr Opfer durch Rechtsradikale. Breivik in Norwegen hat 80 Menschen getötet, der Amokläufer

von München gezielt Migranten ermordet und der NSU fremdländisch aussehende Menschen mitten unter uns hingerichtet.

Wir müssen uns hüten vor dem Hass. Denn es ist dieser Hass, der unsere Gesellschaften von innen zerfrisst und der am Ende auch tötet. Wir müssen die Kraft haben, uns seiner zu erwehren. Der Moslem Bathily, der im Pariser Lebensmittelmarkt für koschere Lebensmittel arbeitete, hatte es nach dem Anschlag von Paris so formuliert: „Wir sitzen alle in einem Boot, Juden, Christen, Muslime, Humanisten, gegen die Feinde unserer Art, zu leben.“

2. Ursache: Globalisierungsprobleme

Begonnen hat die Radikalisierung in Europa nach der Finanzkrise mit der Debatte um den Euro. Viele Menschen hatten das Gefühl, für Handeln anderer in Regress genommen zu werden, ohne auf deren Handeln Einfluss zu haben. Das betrifft vor allem die Banken, die erst Geld verzockt haben, um sich dann von Staaten retten zu lassen.

Dabei ist mir bewusst: Die viel gescholtene Globalisierung hat nachweislich zu steigendem Wohlstand weltweit geführt:

- Es überleben mehr Säuglinge,
- mehr Kinder besuchen Schulen,
- auf der Welt gibt es weniger Soldaten,
- mehr Alte,
- hunderte Millionen Menschen sind in einem kleinen Mittelstand hineingewachsen.

Insgesamt hat die Globalisierung die Ungleichheit auf der Welt nachhaltig verringert. Aber sie bringt nicht automatisch Vorteile für alle. Arbeiter gehören in manchen Ländern eher zu Verlierern und Vermögensbesitzer häufig zu den Gewinnern. Hinzu kommt, dass die Menschen von den Ungleichheiten aus den Medien auch erfahren – und diese nicht mehr wie früher als unabänderlich hinnehmen. Ungerechtigkeit wird also stärker wahrgenommen als früher. Es braucht also mehr Gerechtigkeit durch innerstaatliche Kompensationen und Investitionen in Bildung und Familien.

Wir haben uns vielleicht nur unzureichend klar gemacht, dass es im Rahmen der Globalisierung auch Exzesse und Missbräuche gegeben hat, die viele Menschen wütend gemacht oder enttäuscht haben. Konzerne haben Standortvorteile genutzt, ohne sich angemessen an deren Finanzierung zu beteiligen. Nach Meinung vieler Bürgerinnen und Bürger hat die Politik an Steuerungsfähigkeit auf diesen Feldern verloren. Und diese Steuerungsfähigkeit muss zurückgewonnen werden.

Ralf Dahrendorf hat in einem sehr weitsichtigen Artikel bereits vor 20 Jahren darauf hingewiesen, dass die Globalisierung die drei zentralen Pfeiler, auf denen unsere liberalen Gesellschaften ruhen, nämlich Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt und Demokratie, in einer Weise in Frage stelle, dass sich die Gesellschaften gezwungen sehen könnten, einen dieser Pfeiler, die Demokratie, aufzugeben, um die anderen zu stabilisieren. Die Überschrift bei Dahrendorf lautete: „Auf dem Weg ins autoritäre 21. Jahrhundert“. Eine Prophezeiung? In vielen Gesellschaften erleben wir jetzt die Signale: Zurück in die Vergangenheit, in die

vermeintlich heile Welt. Wenn jeder wieder nur an sich selber denkt, ist aber keineswegs an alle gedacht! Konkret für Deutschland hieße das, dass wir zwar unter uns wären, aber eine tiefgreifende Depression unvermeidbar wäre – wirtschaftlich und kulturell.

3. Ursache: Die Digitalisierung

Die Digitalisierung hat weltweit die Kommunikation erleichtert und viele neue Möglichkeiten eröffnet. Ich sehe die positiven Aspekte der sozialen Netzwerke: Dass man jeden auf der Welt erreicht, dass die Oma mit ihren Enkeln kommunizieren kann, wo immer sie auch sind. Und gerade wo Menschen in Unfreiheit leben, kann das Netz ein sehr wichtiges Fenster zur Welt sein und ein Instrument gegen die Macht der Mächtigen. Umgekehrt wird in manchen Ländern das Netz allerdings auch zur immer tiefgreifenderen Kontrolle und Desinformation gezielt genutzt.

Aber die Wirkung der Digitalisierung geht sehr viel weiter: Vor 500 Jahren hat Martin Luther seine enorme Wirkung auch deshalb erzielt, weil er die Bibel ins Deutsche übersetzte und sie dann mithilfe des Buchdrucks weiträumig verbreitete. Dadurch hat er viele Menschen erreicht und die Einzelnen in die Freiheit des Glaubens und Denkens entlassen. 500 Jahre später erzielt das Internet eine nie da gewesene Breitenwirkung – ohne jeden Filter oder Mechanismen, die es den Menschen ermöglichten, durch die Menge an Information zu navigieren und sich ihr gewachsen zu fühlen.

Wir erleben, dass Emotionen und Behauptungen, die früher aus gutem Grund am Stammtisch verblieben, als Verschwörungstheorien um die Welt gehen und sich daraus ganz neue Netzwerke ergeben. Die Marktlogik des Netzes, mit Algorithmen möglichst viel „Traffic“ zu erzeugen, führt zur Polarisierung und Radikalisierung. Es entstehen Echokammern, in denen sich Meinungen gegenseitig verstärken.

Qualitativ ausgewogener Journalismus steht seit Jahren unter immensem Druck, ist aber nötiger denn je. Wir brauchen mehr denn je Menschen, die für uns professionell das Weltgeschehen aufarbeiten und kuratieren. Qualität in der Berichterstattung und Medienkompetenz der Nutzer sind wichtiger denn je.

Dass wir davon noch weit entfernt sind, zeigt eine besorgniserregende Analyse von Matthias Horx, dem Zukunftsforscher:

„Bei immer mehr geht es nicht um Zukunft, es geht um Zorn. Es geht nicht um Wissen, sondern um Besserwissen. Es geht nicht um Reflexion, sondern um Zuspitzung.“ Daher gehe es auch in vielen Talkshows in klassischen Medien immer weniger um die Bewältigung der Zukunft. Es gehe um Zuweisung von Schuld. Schuld hätten immer „die Politik“ und „der Politiker“. Politiker seien grundsätzlich unfähig, Kompromissweicheier, wahrscheinlich korrupt. Und weil sie so seien, müssten wir Angst haben. Immer mehr Angst. Darauf zielten praktisch alle Fragen. Das Fazit von Matthias Horx: „Wer im Namen des Kritischen stets das Schlechte hervorstellt, zerstört das Immunsystem der Gesellschaft.“

Der Soziologe Niklas Luhmann hat 1968 ein ganzes Buch darüber geschrieben, was aus seiner Sicht dieses Immunsystem ausmacht und im Kern des Problems steht: Vertrauen. Luhmann sagte damals schon, dass wir in einer Welt leben, die eigentlich zu komplex ist, um als einzelner in ihr sinnvoll Entscheidungen treffen zu können. Um

die Komplexität zu reduzieren, müssten wir vertrauen: Dem Freund, der einen guten Rat gibt; der Stiftung Warentest; nicht zuletzt den Medien, den Parteien, den Politikern und der Regierung.

Ja, Skepsis, Zweifel und Kritik, das gemeinsame Ringen um die bestmöglichen Lösungen, sind nötig als Kennzeichen einer offenen Gesellschaft, wie Karl Popper es bereits 1945 postulierte. Aber wenn die Haltung die eines grundsätzlichen Misstrauens ist, das in Hass umschlägt, zerstört dies die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Und genau das wird versucht, wenn Falschmeldungen absichtlich ins Netz eingestellt werden, um ein Klima der Wut zu fördern.

B.

Die Flüchtlingskrise

In der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, im Nahen und Mittleren Osten gibt es Kriege und Terror infolge ungelöster Konflikte. Die Region kommt nicht zur Ruhe. Das hat viele Ursachen: Im Falle des Iran und der Türkei zum Beispiel liegt es auch darin begründet, dass die politischen Grundhaltungen noch stark geprägt sind von den Zeiten einstiger Größe: Denken Sie an das Persische Reich oder an das Osmanische Reich, das immerhin von 1514 bis 1922 bestand.

Dazu kommen regionale Konflikte, die teilweise religiös geprägt erscheinen und dabei doch oft vornehmlich machtpolitische Ursachen haben – schauen Sie sich etwa den Gegensatz von Saudi-Arabien und dem Iran an, der die ganze Region in Mitleidenschaft zieht.

Und auch die Nachwirkungen des Endes des Ersten Weltkrieges prägen die Region bis heute. Europa hat durch die Kolonialgeschichte, die Aufteilung von Einflussphären und viele andere Entscheidungen durchaus Mitverantwortung. In der Gegenwart war das Einschreiten der Amerikaner sicher teilweise falsch, genauso wie deren ersatzloser Rückzug heute gefährlich wäre.

In Syrien haben inzwischen 500.000 Menschen ihr Leben gelassen. Es gibt dort sechs Millionen Flüchtlinge innerhalb des Landes. Von den Asylsuchenden in Deutschland kamen während der Flüchtlingswelle 66 Prozent aus Syrien, aus Afghanistan und dem Irak. Die Zahl der Asylsuchenden ist von 890.000 in 2015 auf 280.000 in 2016 stark rückläufig. Die Seeankünfte in Griechenland sind in 2015 860.000 auf in 2016 173.000 zurückgegangen, aber manches verlagert sich auch nur nach Italien. Von Mai bis Oktober diesen Jahres 2017 ist wieder mit ganz erheblichen Problemen mit Flüchtlingen aus Afrika zu rechnen.

Der Konflikt in Syrien ist aber gerade durch seine regionale Dimension, durch die vielfältigen widerstreitenden Interessen scheinbar unlösbar. So epochal der Konflikt für unsere Zeit ist, so sehr können wir beim Blick in die europäische Geschichte sehen, dass auch diese in den letzten 500 Jahre durch sehr leidvolle Erfahrungen mit Kriegen, den Versuchen zur Konfliktbeilegung und Friedensordnungen geprägt war: vom Augsburger Religionsfrieden 1515 und dem Westfälischen Frieden 1648, über den Wiener Kongress 1815, Versailles 1919 und das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Dann fand sich mit Churchill ein mutiger Europäer, der 1946 die Vereinigten Staaten von Europa forderte und Deutschland und Frankreich darin eine wichtige Rolle

zuwies. Und 1965 haben die polnischen Bischöfe ihren Amtsbrüdern in Deutschland einen mutigen Brief geschrieben: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Dann gab es Solidarność, Gorbatschow 1989, der den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zugestanden hat. Es waren eben immer Menschen, die die Geschichte Europas positiv geprägt haben.

Es ist Europa zu wünschen, dass sich mutige Menschen wie de Gaulle, Adenauer, Schumann und De Gasperi finden, um einen mutigen neuen Anfang zu wagen. „Ungarn zuerst, Polen zuerst, Russland zuerst, Türkei zuerst“ – das wirkt ungewöhnlich fad und rückwärtsgewandt vor dem Hintergrund der Römischen Verträge, die in diesem Monat ihren 60. Geburtstag feiern. Wir Deutsche müssen ein überragendes Interesse an einem starken, gesunden Frankreich und einer extrem vertrauensvollen und verlässlichen Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland haben. Europa braucht Frankreich, weil es sowohl nach Süden, als auch nach Norden ausgerichtet ist und in besonderer Weise eine Nation reicher Kultur ist. Alles, was wir für Frankreich tun, tun wir auch im eigenen Interesse. Ich wünsche mir, dass es nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland wieder eine enge, von Entschlossenheit und Sympathie getragene Verbindung in der politischen Führung gibt, so wie zu Zeiten von Charles de Gaulle/ Konrad Adenauer, Valéry Giscard d'Estaing/ Helmut Schmidt oder François Mitterrand/ Helmut Kohl. Das ist von überragender Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft.

Und ähnlich inspirierende Persönlichkeiten, mit starken Visionen und großem Mut, braucht es wohl auch, um den Konflikt in Syrien zu lösen, der natürlich eine wesentliche Ursache für die Flüchtlingsströme ist. Dass eine solche politische Lösung zustande kommt, daran haben wir ein überragend großes Interesse.

Gründe für die Flüchtlingsströme sind auch Armut und der Klimawandel sowie Staatsversagen, beispielsweise in Eritrea. Viel zu wenig Beachtung gefunden hat auch das starke Bevölkerungswachstum. Wer 1930 geboren wurde, traf auf zwei Milliarden Erdenmitbewohner. Und wer demnächst diese Erde verlässt, hinterlässt acht Milliarden Erdenbewohner. In Europa lebten einmal zwanzig Prozent der Weltbevölkerung – und das wird auf einen Anteil von sieben Prozent zurückgehen.

Ganz anders verhält es sich mit unserem Nachbarkontinent. Plakativ gesprochen: Afrika als Kontinent ist arm und jung, Europa alt und reich. Das muss zu einer neuen Partnerschaft zwischen Europa und Afrika Anlass geben. Dabei muss die Reduzierung des Bevölkerungsanstieges, der ein wesentlicher Faktor von Armut ist, viel zentraler in dem Mittelpunkt gerückt werden, so wie es die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung seit Jahrzehnten erfolgreich macht. Die Kinderzahl pro Frau in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ist inzwischen nicht wesentlich höher als in Europa. Die Stiftung Weltbevölkerung hat seit 1991 erreicht, dass die Kinderzahl dort von durchschnittlich fast 8 auf 1,5 Kinder in gefallen ist. Bis dato war die Bevölkerung von Äthiopien von 25 auf 90 Millionen Einwohner angewachsen. Damit ergibt sich die Option einer positiven Entwicklung, die undenkbar wäre, wenn die Bevölkerungszahlen weiter so ansteigen würden wie in den letzten Jahrzehnten.

Und auch für die afrikanischen Länder ist wichtig, dass Wirtschaftsflüchtlinge in Europa nicht geduldet, sondern zurückgeführt werden, und dabei helfen, die Länder mitzugestalten. Hier müssen wir natürlich auch offen über Missbrauch von Asylrechten reden, sonst wird Radikalen in die Hände gespielt.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es immer Flüchtlingsströme und Völkerwanderungen gegeben hat. Prozentual ist die Zahl der Flüchtlinge nicht gestiegen. Was auch daran liegt, dass Menschen grundsätzlich in ihrer Heimat leben wollen. Das wissen auch wir Deutsche, wenn wir an die Vertriebenen denken.

Unter den zehn Ländern mit den meisten Flüchtlingen ist übrigens kein europäisches. Andere Länder schultern ungleich größere Lasten: Die zweitgrößte Stadt Kenias, Dadaab, zum Beispiel ist erst jüngst als Flüchtlingslager entstanden, mit Flüchtlingen aus Somalia und Sudan. Die Türkei beherbergt mehr als vier Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak. Der Iran beherbergt drei Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan. Jordanien beherbergt über eine Million Flüchtlinge ebenso wie im Libanon, obwohl diese Länder nur fünf Millionen Einwohner haben. Gäbe es in Deutschland anteilig zur Bevölkerung so viele Flüchtlinge wie in Jordanien und im Libanon, müssten hier 17 Millionen Flüchtlinge leben.

Information und Sachlichkeit tun also Not. Als Mitglied des Transatlantic Council on Migration nenne ich hier einige Thesen des ehemaligen Direktors des Instituts für Migration der Universität Oxford. Prof. Hein de Haas, heute in Amsterdam lehrend, der überraschende Fakten liefert:

1. Die Befürworter von geschlossenen Grenzen neigen ebenso wie die Befürworter von offenen Grenzen zur Übertreibung der positiven bzw. negativen Folgen.
2. Je restriktiver die Einreisepolitik gehandhabt wird, desto mehr Migranten wollen bleiben. Als Beispiel sei die Visa-Pflicht für Marokkaner in Spanien genannt, die zur Zunahme der marokkanischen Bevölkerung in Spanien auf über 700.000 Menschen geführt hat. Und als Surinam unabhängig wurde, gingen vierzig Prozent der Bevölkerung in die Niederlande, bevor Visabeschränkungen eingeführt wurden.
3. Migration wird stark von der Nachfrage nach Arbeitskräften angetrieben, viel weniger durch Armut und Gewalt in den Herkunftsländern.
4. Mehr Entwicklungshilfe führt keineswegs gleich zu weniger Migration: Große Auswanderungsnationen wie Mexiko, Marokko und die Türkei sind Länder mit mittlerem Wohlstand.
5. Von Zuwanderung profitieren in erster Linie Unternehmen, Vermögende und die Mittelklasse. Untere Einkommensschichten in den Zielländern haben dagegen wenig zu gewinnen. Paradoxerweise haben daher Ex-Migranten oft am meisten zu fürchten, denn die Neuankömmlinge sind auf dem Arbeitsmarkt ihre unmittelbaren Konkurrenten. So werden Wilders und Le Pen sogar auch von Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt.
6. Migration könnte das Problem alternder Gesellschaften nur dann lösen, wenn zum Beispiel in Deutschland eine Netto-Zuwanderung von 3,5 Millionen Menschen jährlich stattfände, zwölf Mal mehr als der Durchschnitt von 280.000 in den Jahren von 1991 bis 2015.
7. Derzeit erleben wir keine gänzlich neue Situation. Im Moment sind etwa 0,4 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung Flüchtlinge. Vor 25 Jahren, 1992 bis 1995, waren es etwa 0,5 Prozent der Europäischen Bevölkerung wegen des Balkankrieges.
8. Derzeit zieht Europa 1,5 bis 2,5 Millionen Migranten im Jahr an. Es gibt aber auch eine jährlich Ab- und Rückwanderung von 1 bis 1,5 Millionen Menschen.
9. Netto-Migrationswerte bewegen sich in der Regel parallel zu den Konjunkturzyklen. Daraus leitet Prof. de Haas das Fazit ab: „Um

Einwanderung drastisch zu reduzieren, gibt es nur einen Weg: Der Prozess der wirtschaftlichen Liberalisierung müsste eingeschränkt werden, damit würde aber auch das Niveau des Wohlstandes sinken.“

C.

Lösungen für die Zukunft in Deutschland und Europa

1. Europa als kühnes Projekt fortschreiben.

Europa muss als kühnes Projekt fortgeschrieben werden. Dabei gilt im Grundsatz, dass die EU weniger, das aber besser machen sollte:

Europa kann stark sein in der gemeinsamen Abwehr des Terrorismus, der Strukturpolitik, durch den Binnenmarkt, durch die Wettbewerbsfähigkeit nach außen. Wenn wir uns Handelsabkommen Europas vorstellen mit den Ländern Asiens, mit Japan oder gar Indien, dann zeigt das auch: Dem amerikanischen Protektionismus muss wirtschaftlich Öffnung entgegengestellt werden, da ist Europa stark und muss noch stärker werden.

Europa muss seine Außengrenzen gemeinsam schützen und Einreise nach Europa kontrollieren und steuern, das ist von den Nationalstaaten allein nicht zu bewältigen. Schlepperbanden muss das Handwerk gelegt werden. In Lebensgefahr befindliche Menschen auf dem Mittelmeer müssen aus humanitären Gründen gerettet werden. Aber es gibt keinen Anspruch darauf, dass alle nach Lesbos und Lampedusa verbracht werden. Europa kann nicht alle Probleme der Welt lösen wollen. Es müssen Wege gefunden werden, an den Küsten Nordafrikas zu prüfen, ob jemand tatsächlich Anspruch auf Hilfe hat, weil er aus politischen Gründen verfolgt ist.

Das heißt dann aber auch, dass Europa komplementäre politische Ansätze vorantreiben muss. Europa muss seine Nachbarschaft mit Afrika aktiv ausfüllen. Die Idee eines Marshallplanes mit Afrika ist jetzt G20-Thema unter deutschem Vorsitz. Die Investitionsbedingungen in Afrika müssen verbessert werden. Länder wie Ruanda oder Tunesien, die sich auf dem Weg gemacht haben, müssen viel stärker unterstützt und als positive Beispiele herausgestellt werden. Ich finde es ungemein reizvoll, dabei mitzuhelfen, dass sich Tunesien zum Vorbild und zur Schweiz Afrikas entwickelt. Dort gibt es jetzt demokratische Wahlen von Präsident und Parlament, eine Verfassung mit Gleichheit der Frau und Religionsfreiheit. Es ist das Land, das den Arabischen Frühling am erfolgreichsten und im Konsens vorangetrieben hat. Hier müssen wir helfen, den in das Land eindringenden Terrorismus zu besiegen und die Wirtschaft sich entfalten zu lassen. Tunesien orientiert sich an Europa und hat viele gut ausgebildete Menschen. Wenn Tunesien scheitert, scheitert viel in Afrika.

Ein wichtiger Auftrag an die EU ist auch, das Transatlantische Bündnis auch gegen Donald Trump zu verteidigen. Mein Amerikabild ist davon geprägt, dass 1944 in der Normandie und danach Menschenleben geopfert wurden, um uns die Freiheit und die Befreiung von Nationalsozialismus zu bringen. 1947 wurde uns wirtschaftlich und zur Demokratie auf die Sprünge geholfen durch den Marshallplan, 1948 mit der

Luftbrücke die Freiheit West-Berlins verteidigt und 1990 seitens der Amerikaner geholfen bei den 2 plus 4-Verhandlungen, die uns die Einheit Europas und Deutschland brachten. Da können wir nicht schweigen, wenn die Amerikaner sich zukünftig mehr heraushalten wollen.

2. Herausforderungen annehmen

Angesichts der negativen Folgen der Digitalisierung brauchen wir mehr Qualität in den Medien, einen Ethos der Medienmacher und eine viel bessere Kompetenzausbildung der Nutzer. Das haben wir aber im hohen Maße selbst in der Hand, aber wir müssen es angehen.

Bei der Globalisierung müssen wir stärker auf Gerechtigkeit achten. Wenn Firmen Standortverlagerungen nutzen, sollten sie entsprechend Steuern zahlen, aus Gründen der Gerechtigkeit und weil wir Investitionen in Bildung und Familien brauchen. Nur eine internationale Politik, die in eine europäische Perspektive eingebettet ist, zusammen mit einer angemessenen Bewältigung der Digitalisierung, ermöglichen uns, als Gesellschaften in Europa Maß und Mitte zu bewahren.

3. Maß und Mitte bewahren

Die demokratische politische Mitte muss nach Trump und Brexit gestärkt werden. In Österreich und den Niederlanden hat dies begonnen. Nun sollte Frankreich folgen. Jetzt müssen wir Position beziehen und diese Position auch äußern. Wer bewahren will, muss dafür kämpfen. Vielleicht war es nie so wichtig und erforderte selten so viel Einsatz, in diesem Sinne konservativ zu sein. Wir dürfen das Kämpfen nicht den politischen Rändern überlassen. Vor einigen Tagen hat mich der Musiker Leslie Mandoki emotional berührt. Er saß 1956 beim Ungarnaufstand auf den Schultern seines Vaters, ist später aus dem Kommunismus geflüchtet und auf dem Sterbebett sagt ihm sein Vater: „Sorge dafür, dass Deine Kinder nie wieder zensierte Zeitungen lesen müssen!“

Offenheit ist eine notwendige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit eines Gesellschaftsmodells. Das betrifft im Einzelnen aber auch die Gesamtgesellschaft. Eine Gesellschaft muss offen und wandlungsfähig bleiben, um als solche dauerhaft überleben zu können.

4. Deutschlands Vielfalt

Deutschlands Wesen und Stärke lag stets auch in seiner Vielfalt. Permanente Ein- und Auswanderungsbewegungen kennzeichnen Deutschland.

Die Diversität hat ab dem 17. Jahrhundert zu einer kulturellen Blüte geführt und Deutschland zu einem Zentrum von Literatur, Musik und Philosophie gemacht. Es kamen Hugenotten, Polen, Iraner, Vietnamesen, Italiener, Portugiesen, Spanier, Türken. Und es gibt unzählige Beispiele guten und erfolgreichen Miteinanders.

Wie wichtig Dynamik und Vielfalt sind, zeigt auch ein anderes Beispiel: Die DDR war wohl das deutscheste aller Deutschlands, es gab fast keine Ausländer und die, die

dort lebten, wurden strikt getrennt von den Deutschen. Man lebte unter sich, ohne neue Einflüsse und Dynamik. Das hat Staat und Gesellschaft gelähmt.

Die Idee, Nationen müssten aus ethnisch und kulturell homogenen Staatsvölkern bestehen, ist nicht nur künstlich, sie hat auch viel Unheil angerichtet. Wir kennen das aus der europäischen Geschichte. Im Nahen und Mittleren Osten lebten seit Jahrhunderten Christen, Juden und Muslime, Sunniten und Schiiten, Kurden und Araber zusammen. Der Versuch, homogene Staaten zu schaffen, führte zu Massakern.

Vielfalt ist ein zentraler Wirtschafts- und Innovationsfaktor: In den USA wurden 40 Prozent aller neuen Unternehmen von Einwanderern gegründet. Im Silicon Valley war Steve Jobs, der Gründer von Apple, Sohn eines syrischen Einwanderers.

In Deutschland rettet Helene Fischer, geborene Jelena Petrowna Fischer, den deutschen Schlager. Stefan Hell, in Rumänien geboren, ist Nobelpreisträger, Mesut Özil Weltmeister, Navid Kermani Schriftsteller, Dunya Hayali Fernsehmoderatorin und Fathi Akin Filmemacher. Bei Polizei, Justiz, und bei der Bundeswehr, in den Medien sähe vieles schlechter aus ohne die vielen Menschen mit Migrationsgeschichte.

Deutschland besitzt erstaunlich viele gute Voraussetzungen für gelingende Integration:

- Die kommunale, föderale Wettbewerbsstruktur sorgt in vielen Fällen für die Vermeidung von Fehlentwicklungen, weil die Entscheidungen da getroffen werden, wo das Wissen ist. Berlin-Neukölln ist eben nicht überall.
- Die duale Ausbildung in Handwerk und Mittelstand fördert praktische Begabungen. Hier nehmen Ältere Erziehungsfunktionen für Jüngere verantwortlich wahr.
- Die christliche Prägung hat eine besondere Nächstenliebe und Verantwortlichkeit hervorgebracht.
- Deutschland ist das Land der Kleinstaaterei und der Vereinsmeierei. Dies ist in vielerlei Hinsicht sehr positiv. Denn die Ehrenamtlichen, gerade in den Vereinen, haben zu Integrationserfolgen von Sport bis Musik beigetragen.

Wir können stolz sein auf all das und auf unsere Integrationserfolge. Ich bin immer wieder selbst erstaunt, dass vor allem Ausländer besonders anerkennende Bücher über unser Land veröffentlicht haben. Ich denke an die Bücher des Australiers Christopher Clark zu Preußen und dem Ersten Weltkrieg. Ich denke an dem Briten Peter Watson und sein „Der deutsche Genius“ oder den Franzosen Alain Minc mit seinem Buch „Vive l'Allemagne“. Oder den Briten Neil MacGregor mit seiner großartigen Deutschlandausstellung, die er als Leiter des britischen Museums in London gezeigt hat und deren Katalog man unter „Erinnerungen Deutschland“ mit Staunen betrachten kann. Er bescheinigt uns Deutschen, aus der Vergangenheit gelernt zu haben. Alle Länder hätten ihre Siegestore wieder errichtet, aber Deutschland habe das Siegestor in München mit einer neuen Inschrift versehen: „Dem Sieg gewidmet, vom Krieg zerstört, zum Frieden mahnend“. Das sind Komplimente, die uns selbstbewusst machen sollten.

Deutschland ist auch wegen seiner Offenheit heute weltweit anerkannt. So ist Deutschland Nummer eins beim Passport-Index. Sie können mit dem deutschen Pass in 168 Ländern der Erde ohne Visa einreisen. Deutschland ist Nummer eins bei

den regelmäßigen BBC-Befragungen, welches Land die positivste Rolle in der Weltpolitik spiele. Deutschland ist Nummer eins, wenn gefragt wird, in welchem Land Menschen leben wollen, wenn sie dies frei wählen könnten. In Deutschland selbst allerdings liegt Deutschland nur auf Platz Nummer acht. Deutschland ist Nummer eins, wenn es um „Made in Germany“ und das eigene Industrielabel geht.

Wir sind am freien Welthandel und internationalen Beziehungen mehr als andere interessiert, weil wir Nummer eins bei Exportüberschüssen sind. So haben wir im letzten Jahr im Umfang von 310 Milliarden mehr Waren exportiert als eingeführt. Die Chinesen mit 1,4 Milliarden Menschen liegen auf Platz zwei mit 260 Milliarden und Japan auf Platz drei mit 190 Milliarden Exportüberschüssen.

Zu Recht wird im Zusammenhang mit Ausländern und Flüchtlingen auch die Frage der Sicherheit gestellt. In der allgemeinen Kriminalitätsstatistik tauchen anerkannte Flüchtlinge unterdurchschnittlich auf. Ganz provokativ gesagt: Sie helfen eher und geben gefundene Portemonnaies häufiger ab. Allerdings gibt es Probleme mit Delikten in Flüchtlingsunterkünften und bei Inanspruchnahme sozialer Leistungen.

Es gibt auch Terroristen, die als Flüchtlinge eingeschleust und dann ferngesteuert werden. Die deutschen Sicherheitsbehörden beobachteten derzeit 602 Gefährder. Und wir müssen auch das differenziert betrachten: Von den 602 Gefährdern sind 352 EU-Bürger, oft hier geboren. 100 Konvertiten, 100, die im Gefängnis sitzen, und 300, die sich im Ausland aufhalten. Der irakische Präsident berichtete bei der Münchner Sicherheitskonferenz, dass auf den Schlachtfeldern im Irak rund 100 Nationalitäten starben. Der IS rekrutiert also weltweit. Er erreicht über das Netz labile Jugendliche, die sich untereinander bestätigen und mit einer Aufgabe versehen fühlen wollen.

In Deutschland beobachte ich große Erleichterung, wenn ich aus einer Schrift zitiere: „Deutschland – erste Informationen für Flüchtlinge“, erschienen in arabischer Sprache im Herder Verlag. In 33 nützlichen Hinweisen zum zwischenmenschlichen Verhalten heißt es in Hinweis Nummer eins: Pünktlichkeit wird in Deutschland groß geschrieben. Wer absehen kann, dass er sich mehrere Minuten verspäten wird, sollte dies telefonisch ankündigen. Für Schule, Ausbildungsplatz und Arbeitsstelle ist das sogar zwingend. Eine Entschuldigung und eine Begründung für die Verspätung werden allgemein erwartet. Unter „Wohnung und Auto“ heißt es in Ziffer 14: Auf Sauberkeit und Ordnung legen viele Deutsche wert, vor allem in ihren eigenen vier Wänden. In Ziffer 17: Manche Deutsche lieben ihre Autos und reagieren empfindlich, wenn sie befürchten, ihr Auto könnte schmutzig oder gar durch Kratzer oder Beulen beschädigt werden.

Es scheint doch so zu sein, dass manche einfach nur fürchten, dass sich unsere Art zu leben, die über Jahrhunderte gewachsen ist, zu sehr verändert oder in Gefahr gerät. Und da muss man klarstellen: Offenheit gegenüber Fremden und Fremdem ist eine notwendige, aber sicher keine hinreichende Bedingung für das nachhaltige Überleben eines Gesellschaftsmodells. Genauso wichtig sind Regeln, die für und gegen alle gelten – und die auch durchgesetzt werden. Wir haben Haltungen entwickelt und diese Haltungen prägen unser Miteinander. Sie sind der Kompass, an dem wir unsere Gesellschaft ausrichten.

In meiner Rede vom 3. Oktober 2010 habe ich damals die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig zitiert, die Laissez-faire, lange Verfahren und das Zulassen rechtsfreier Räume heftig angeprangert hatte. Es darf keine No Go-Areas geben. Der Staat muss eingreifen und für Ordnung sorgen. Genau dort wird aber einiges in Deutschland

versäumt, und deshalb zweifeln Bürger an der Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der Politik. Ohne Law and Order geht es nicht. Multikulti als ein beliebiges Nebeneinander ist gescheitert, aber dem Multikulturalismus gehört die Zukunft – mit festen Regeln, die für alle gelten und von allen respektiert werden. Darin steckt Innovation und die Basis, Gutes und Neues zu kreieren.

Vor dem Hintergrund leidvoller Erfahrungen hat Deutschland mit seinem Grundgesetz eine mustergültige Verfassung.

Artikel 1 garantiert die Würde eines Menschen, aufgrund Artikel 3 darf niemand diskriminiert werden. Und Artikel 4 sichert die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und des weltanschaulichen Bekenntnisses.

Bereits am 3. Oktober 2010 hatte ich in meiner damals umstrittenen Rede zum Tag der Einheit klar formuliert: „Wer unser Land und diese Werte verachtet, muss entschlossener Gegenwehr aller rechnen – dies gilt für fundamentalistische, ebenso für rechte oder linke Extremisten.“ In der Vergangenheit ist uns Integration gut gelungen, denken Sie nur an die Boatpeople aus Vietnam, Exil-Chilenen oder Exil-Iraner. Entscheidend war immer das Erlernen der deutschen Sprache, Bildung und Arbeit.

Natürlich ist die Wirtschaftslage für die Aufnahmefähigkeit von großer Bedeutung. Und gerade bei hoher Arbeitslosigkeit stecken viele Zuwanderer in einem echten Dilemma. Arbeiten sie, heißt es von manchen: „Sie nehmen uns die Arbeit weg“; arbeiten sie nicht, heißt es schnell, sie seien „Sozialschmarotzer“. Überall tut Differenzierung Not. Ja, Vielfalt ist herausfordernd, aber das Gegenteil von Vielfalt ist Einfalt – und wer will schon einfältig sein?

Worauf will ich hinaus? Es geht um den schwierigen Mittelweg. Einerseits kein falsch verstandenes Gutmenschentum, wo Wunden nicht behandelt, sondern nur verbunden werden. Und andererseits keine Abschottung, Erstarrung, Flucht in die nur vermeintlich schöne Vergangenheit. Also Weltoffenheit einerseits und eine klare Haltung andererseits. Ich kann mir Deutschland nicht vorstellen ohne die Einflüsse von Menschen, die selbst oder deren Vorfahren nach Deutschland eingewandert sind.

5. Den Untergang von Weimar niemals vergessen

Wir Deutsche dürfen den Untergang von Weimar niemals vergessen. Die Weimarer Republik war ein erster hoffnungsvoller Beginn mit Parlamentarismus, Rechtsstaat und Demokratie. Die Verfassung garantierte erstmals liberale und soziale Grundrechte. Das kulturelle Leben erlangte auf den Gebieten der Malerei, des Theaters, der Musik und der Literatur eine große Vielfalt.

Es fehlte aber eine demokratische Identität der Deutschen. Manche hingen dem Kaiserreich nach, andere waren vom Ersten Weltkrieg traumatisiert, wieder andere suchten nach allzu einfachen Antworten für die bestehende Not.

Ich lese viel über die 1930er Jahre und die Zeit nach der Machtergreifung Hitlers. Da hieß es zunächst auch: Einmal müsse man den Schritt ins Dunkle mal wagen, es werde schon nicht so schlimm kommen. Es sei sicher viel Rhetorik. Keine drei Monate später verhalf das Ermächtigungsgesetz den Nationalsozialisten zur totalen

Macht. Der französische Botschafter André François-Poncet zog Anfang Juli 1933 Bilanz und telegrafierte nach Paris. Hitler habe die Partie mit geringem Aufwand gewonnen: „Er musste nur pusten – das Gebäude der deutschen Politik stürzt zusammen wie ein Kartenhaus.“ Auch wenn sich Vergleiche mit dem Nationalsozialismus verbieten, dürfen wir uns nichts vormachen: Die Lage kann schnell ernst werden, auch wenn Deutschland heute fast wie eine Insel in einem Meer der Radikalisierung von Positionen erscheint.

6. Kein Anlass, die Apokalypse herbeizureden

Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ aus dem Jahre 1918 hatte seinen Teil zu einer Apokalypse der Weltsicht geleistet. Ungewollt wurde sein Untergangsszenario von den Nationalsozialisten genutzt. Heute geschieht – vielleicht ebenfalls ungewollt – eine Radikalisierung durch Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ aus dem Jahr 1996. Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ beruht auf solchen Weltsichten. Der große Philosoph Peter Sloterdijk hat formuliert: „Deutschland hat sich der Überrollung preis gegeben. Sie schreitet Tag und Nacht voran“. Der französische Autor Michel Houellebecq formuliert: „Europa hat sich, in dem aufhört, Kinder zu bekommen, in ein Prozess des Selbstmords begeben.“

Solche kulturpessimistischen Betrachtungen halte ich für absurd. Sie sind nur geeignet, Angst zu verbreiten. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber. Ich bevorzuge den aufrechten Gang. Bei den Pariser Anschlägen im November 2015 verlor Antoine Leiris seine Frau und damit auch die Mutter seines Sohnes. Seine mich bewegende mutige Antwort als Christ auf den Terrorismus ist nicht gleichfalls Angst oder Hass, sondern der Glaube an die Liebe. Er sagte: „Ihr wollt, dass ich Angst habe. Dass ich in die Augen meiner Mitmenschen schaue und niemandem mehr vertraue. Ihr habt verloren. Ich werde Euch nicht hassen! Jetzt sind wir nur noch zu zweit, mein Sohn und ich. Und jeden Tag wird dieser kleine Junge Euch beschämen, denn er ist frei. Ihr werdet auch seinen Hass nicht bekommen.“

Wenn Sie meine Botschaft in zwei Sätze zusammengefasst hören wollen:

Das Einzige, wovor wir Angst haben müssen, ist die Angst! Angst taugt nicht als Richtschnur unseres Denkens, Redens und Handelns.